

HESSEN

**Minister Schmidt
will Arztpraxen
überprüfen**

Die Kassenärztliche Vereinigung Hessen und auch das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung haben sich gegen die Forderung des hessischen Sozialministers Dr. Horst Schmidt gewandt, im ambulanten Sektor der ärztli-

wenstein erklärte, man könne nicht auf der einen Seite die Ärzteschaft als freien Beruf und mit unternehmerischem Risiko betrachten und auf der anderen Seite gleichzeitig Ärzte bei der Ausübung ihres Berufes kontrollieren und dirigieren wollen.

Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung mit Sitz in Köln erinnerte daran, daß es bereits seit einem Jahr Kostenstrukturanalysen und Rationalisierungs-

einer langfristigen Kostensenkung gekommen. Er äußerte die Meinung, die organisierten Ärzte kämen in Gefahr, sich zu isolieren, wenn sie die gesundheitspolitische Diskussion weiterhin mit „Drohungen, Beschimpfungen und emotionalen Reaktionen“ bestreiten.

In einem Rundfunkinterview unterstellte Dr. Schmidt den Kassenärzten, technische Leistungen an Patienten zu erbringen, die im Grunde gar nicht nötig sind. Bei dem heutigen hohen Stand der Technik müsse man dies vermeiden und andererseits die Geräte voll auslasten. Dies gehe nur durch eine gewisse Konzentration der technischen Einrichtungen.

In ganz ähnlicher Weise wandte sich der Vorstand der SPD-Arbeitnehmergemeinschaft gegen die Haltung der Ärzte, insbesondere gegen ihre „Verteufelung“ aller Vorschläge, welche auf Kostensenkung und Effektivitätssteigerung im Gesundheitswesen abzielen, als Schritte zur Sozialisierung der Medizin. Die zehn Punkte des Mannheimer SPD-Parteitagess wie auch der gesundheitspolitische Teil des „Orientierungsrahmens 85“ bewiesen, daß die SPD eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens nicht anstrebe. gb

ZITATE

Barrikaden und Schmollwinkel mal zwei

„Weder die Barrikaden noch der Schmollwinkel sind der richtige Ersatz für eine konstruktive Mitarbeit zur Lösung der anstehenden Probleme.“

Der hessische Sozialminister Dr. Horst Schmidt vor Journalisten laut Pressemitteilung vom 3. März 1976.

„Weder der Aufbau von Barrikaden noch das Zurückziehen in den Schmollwinkel sind hilfreich, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu lösen.“

Pressemitteilung des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD vom 8. März 1976.

chen Versorgung Kosten-Nutzen-Analysen einzuführen. Nach seinen Vorstellungen sollten die Kassenärzte eine generelle Kosten- und Wirtschaftlichkeitsprüfung ihrer Praxen durch neutrale Prüfer zulassen, welche die Ärzte auch beraten könnten. Eine ähnliche Forderung erhob der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD nach einer Sitzung, auf der unter Leitung von Bundeswissenschaftsminister Helmut Rohde über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen beraten wurde.

Der Vorsitzende der KV Hessen, Dr. Gerhard Löwenstein, wies in einer Pressekonferenz auf die Prüfungen der Quartalsabrechnungen hin, die von Ärzten und Kassen gemeinsam durchgeführt werden, sowie auf die gemeinsamen Bemühungen zur Begrenzung der Vergütungen für Laborleistungen. Dr. Lö-

untersuchungen sowohl von Einzelpraxen wie auch von kooperativen Praxisformen durchführt. Empfehlungen zur wirtschaftlichen Betriebsführung auf dem Laborsektor sind bereits veröffentlicht worden, solche für die allgemeine Praxisführung werden in Kürze herauskommen.

Sozialminister Dr. Schmidt zog in seiner Erklärung eine Parallele zu der in Hessen praktizierten Wirtschaftlichkeitsprüfung der Krankenhäuser. Hierdurch sei erreicht worden, daß die durchschnittlichen Pflegesätze im vergangenen Jahr in Hessen nur noch um sechs Prozent gestiegen seien, die niedrigste Steigerungsrate in der Bundesrepublik.

Dr. Schmidt sparte nicht mit Vorwürfen gegenüber der organisierten Ärzteschaft. Von ihr seien bisher die wenigsten Vorschläge zu

SCHLESWIG-HOLSTEIN

**Ärzterschaft
will die sachliche
Kostendiskussion**

Bei der Diskussion der sogenannten Kostenlawine im Gesundheitswesen in den letzten Monaten sei „mehr Polemik als Sachverstand wirksam und somit eine praktisch brauchbare Alternativlösung nicht sichtbar geworden“, heißt es in einer Entschließung der Vorsitzenden der Kreisausschüsse der Ärztekammer und der Ärztevereine Schleswig-Holsteins.

Nach Auffassung der schleswig-holsteinischen Ärzteschaft eignet

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

sich das Thema „Ärztliche Betreuung der Bevölkerung“ schlecht für einen öffentlichen Meinungsstreit, wenn dieser statt mit Sachkunde mit Wahlkampfparolen angereichert wird. Die Steigerung der Kosten im Gesundheitswesen habe verschiedene Gründe und sei, unabhängig vom System, in der ganzen Welt zu beobachten.

„Kaschierte Verstaatlichungskonzepte“, wie sie in Schleswig-Holstein noch im vergangenen Jahr kursierten, seien kein Rezept, das sich zur Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen eignet.

Die Vorstände von Ärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung Schleswig-Holstein werden gebeten, in jeder geeigneten Weise an der „Berichtigung utopischer Reformvorstellungen“ im Gesundheitswesen mitzuwirken. Die Ärzte in Stadt und Land unterstützen dieses Bemühen, heißt es am Ende der Entschließung. yn

RHEINLAND-PFALZ

Zusammenwirken im Rettungsdienst

Die für den Rettungsdienst zuständigen Fachministerien der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen und Saarland haben eine Vereinbarung über eine zukünftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst abgeschlossen.

Die örtlichen Träger des Rettungsdienstes sollen sich über die Abgrenzung der Einsatzbereiche der Rettungswachen und über den Einsatz von Rettungsmitteln und Personal verständigen. Ferner sollen die Dienstpläne aufeinander abgestimmt werden. Ziel der Vereinbarung ist eine rasche Versorgung von Notfallpatienten durch koordinierte Einsätze und zum Beispiel durch die Aufnahme solcher Patienten in einem Krankenhaus eines der benachbarten Bundesländer. WZ

NIEDERSACHSEN

Neuer Sozialminister

Zum Sozialminister in der neuen niedersächsischen CDU-Regierung wurde der stellvertretende CDU-



Hermann Schnipkoweit Foto: privat

Landesvorsitzende Hermann Schnipkoweit ernannt. Der 47jährige Schnipkoweit, von Beruf Bergmann, trat kurz nach Kriegsende in die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie ein und wurde 1954 Mitglied der CDU. 1968 übernahm er außer dem stellvertretenden Vorsitz der Partei in Niedersachsen auch den Vorsitz der CDU-Sozialausschüsse des Landes. Er ist seit 1961 Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag Hildesheim/Marienburg und gehört dem niedersächsischen Landtag seit der fünften Wahlperiode an. WZ

BERLIN

„Hexenjagd auf Ärzte“

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Dr. Peter Krein, wird in letzter Zeit bei nächtlichen Heimfahrten von Vorträgen oder Sitzungen von Arztkollegen

begleitet, seit ihm telefonisch und in anonymen Briefen Prügel angedroht worden sind. Dr. Krein hatte sich mit der Bitte um Schutz an die Kriminalpolizei gewandt; es wurden ihm aber lediglich Ratschläge für die Sicherung seiner Wohnung und seiner Praxis angeboten. Eine Beschwerde wegen der Ablehnung des Schutzes wies der amtierende Leiter der zuständigen Inspektion der Berliner Kriminalpolizei mit der Begründung zurück, Prügelandrohung erfülle nicht den Straftatbestand des Verbrechen, sondern falle unter Körperverletzung. zel

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesregierung und Heilberufe wollen Zusammenarbeit

Bei einem Spitzengespräch zwischen Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger und Arbeits- und Sozialminister Annemarie Griesinger mit Vertretern der Heilberufe (Ärzte, Zahnärzte und Apotheker) in Stuttgart stimmten beide Seiten darin überein, daß der besorgniserregenden Kostenentwicklung im Gesundheitswesen durch geeignete Maßnahmen Einhalt geboten werden muß. Unbeschadet der grundsätzlichen Verantwortung des Bundes erwartet die Landesregierung dabei auch von den Heilberufen praktikable Vorschläge. Speziell die Frage der Honorarforderungen an Selbstzahler ist, wie Frau Griesinger betonte, eine wichtige Aufgabe, die innerhalb der Ärzteschaft selbst gelöst werden müsse, damit nicht „schwarze Schafe das Niveau“ bestimmen.

In einem gemeinsamen Communiqué wurde betont, daß die Landesregierung allen Versuchen und Aktionen entschieden entgegentritt, die eine pauschale, ungerechtfertigte Herabwürdigung der Heilberufe und insbesondere der Ärzte zum Ziel haben. Die Landesregierung erklärt sich ausdrücklich zu jeder weiteren Zusammenarbeit mit den Heilberufen bereit.